

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)**  
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:  
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel  
0151-11201634 – [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)

## Pressemitteilung

# **Straathof-Rückzug als Fanal gegen die ganze Agrarindustrie-Tierhaltung nutzen!**

## **AbL fragt nach Konzern-Hintergründen, nach Straathof-Unterstützern und nach der Rolle des Bauernverbands**

Angesichts des aktuell gemeldeten Rückzugs des Multi-Agrarindustriellen Adrianus Straathof aus der LFD Holding („Landwirtschaftliche Ferkel-Produktion Deutschland“) fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dass aus einem Ende des Straathof-geführten Holding-Firmengeflechts keine zusätzliche Stärkung anderer agrarindustrieller Strukturen erwachsen dürfe. Ein Straathof-Ausstieg werfe nicht nur die Frage auf, wer denn vom Treuhänder Christian Graf Brockdorf als möglicher Übernehmer des niederländisch-ungarisch-deutschen-Schweine-Agrarfabriken-Imperiums mit seinen Zigtausenden von Sauen und Mastschweinen präsentiert werden könnte: „Es stellt sich erneut die Frage, ob Straathofs Millionen-Investitionen wirklich von ihm selbst finanziert wurden, ob es Bürgschaften und Unterstützung öffentlicher Stellen gab und ob Straathof nicht nur ein auswechselbarer Strohmännchen für Finanz-, Futtermittel- oder Genetik-Konzerne war“ – so der AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann. Der Hinweis in den Medien zur LFD-Geschäftsführung durch den Ex-Banker und Inhaber einer Sanierungsfirma, Christian Heine, lasse wegen dessen Engagement in flächenstarken LPG-Nachfolgestrukturen und bei der Beantragung von Hähnchenmastanlagen aufhorchen. Auch die Rolle ostdeutscher Landesregierungen bei der Installierung von Straathof-Massentierhaltungsanlagen müsse erneut überprüft werden. Zu thematisieren sei auch die Positionierung des agrarindustriell geneigten Bauernverbands zu Straathof, der ja so wie viele andere Agrarindustrielle immer mehr bäuerliche Schweinehalter verdränge.

Die AbL hatte bereits im Juli 2014 öffentlich die Frage nach einer eventuellen Straathof-Mitgliedschaft im Bauernverband aufgeworfen. Sie bezog sich auf Medienberichte über Äußerungen von Bauernverbandsvertretern, in denen Straathof-Betriebssysteme oder dessen Groß-Ferkelangebot „aus einer Hand“ positiv hervorgehoben wurden. Der Landesbauernverbands-Präsident von Mecklenburg-Vorpommern Tietböhl hatte demnach eine NDR-Frage mit Bezug auf Straathofs Sauenfabrik in Alt-Tellin (mit 10.000 Sauen und 250.000 Ferkeln jährlich) so beantwortet: „Jede Investition in die Veredlung sei ein Plus für das Land, egal in welcher Größe.“ Erst relativ spät hatten sich Bauernverbands-Sprecher von der „Satelliten-Landwirtschaft“ und den massiven Tierschutz-Verstößen Straathofs distanziert. Straathof sei kein Mitglied in einem Landesbauernverband – so ein Sprecher der Bauernverbandsspitze. Straathof und seine Unternehmen seien keine Mitglieder – so der Bauernverband Sachsen-Anhalt. Dies sei zwar dem engen Wortsinn nach „wohl nicht

unrichtig“, so die AbL - allerdings sei laut „aktion-agrar“ die als LFD-Holding-Geschäftsführerin aufgeführte Heidrun Spengler-Knappe zugleich Vorstandsmitglied im Bauernverband Börde und zudem Mitglied in dem - in enger Mitarbeit des Bauernverbands – erst jüngst gegründeten Sachsen-Anhaltinischen Schweinewirtschaftsverband.

Die AbL bezeichnete das Straathof-Imperium als lediglich besonders abschreckendes Beispiel für das Vordringen von agrarindustriellen Strukturen in der Geflügel- und nun auch in der Schweinebranche. Die AbL forderte Bundesländer und Bundestag auf, das im Baugesetzbuch verankerte Vetorecht der Gemeinden gegen gewerbliche Mega-Ställe nun endlich auch auf sämtliche Agrarfabriken mit mehr als 1.500 Mastschweine-, 560 Sauen-, 600 Rinder-, 30.000 Masthühner- und 15.000 Legehennen/Putenplätzen auszuweiten. Durch Tierzahl-Obergrenzen, durch Filterpflicht von Großställen, durch Maßnahmen gegen antibiotika-resistente Keime sowie durch die Umsetzung der bestehenden EU-Tierhaltungsvorgaben (Tierschutzpläne) müsse die gesellschaftliche Forderung nach artgerechter, umwelt- und anwohner- und gesundheitsverträglicher Tierhaltung für „Klasse statt Masse“ in bäuerlichen Strukturen endlich erfüllt werden.

4.080 Zeichen – 26.06.2015